Landtag
Nordrhein-Westfalen
16. Wahlperiode

Ausschussprotokoll
APr 16/641
03.09.2014

Ausschuss für Frauen, Gleichstellung und Emanzipation

23. Sitzung (öffentlich)

3. September 2014

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 15:40 Uhr

Vorsitz: Daniela Jansen (SPD)

Protokoll: Eva-Maria Bartylla

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

1 Hochschulzukunftsgesetz (HZG NRW) 3

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/5410

Ausschussprotokoll 16/589 (Anhörung)

– abschließende Beratung und Abstimmung

Der Ausschuss nimmt den Gesetzentwurf mit den Stimmen von SPD und Grünen gegen die Stimmen von FDP, CDU und Piraten an.

2 Modellprojekt „together niederrhein“ – Fachberatungsstelle „gerne anders“ 6

– Vorstellung durch Herrn Torsten Schrodt und Frau Wibke Korten

3 Ausführungsgesetz des Landes Nordrhein-Westfalen zum Schwangerschaftskonfliktgesetz (Schwangerschaftskonfliktgesetz-Ausführungsgesetz – AG SchKG) 23

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/6095

Stellungnahme 16/1928

Der Ausschuss fasst einstimmig den Vorratsbeschluss, sich pflichtig an der Anhörung zu beteiligen, die der federführende Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend voraussichtlich beschließen wird.

4 Gesetz zur Regelung des Vollzuges der Freiheitsstrafe und zur Änderung des Jugendstrafvollzugsgesetzes in Nordrhein-Westfalen 26

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/5413

Ausschussprotokoll 16/594 (Anhörung)

– abschließende Beratung und Abstimmung

Der Ausschuss gibt zum Gesetzentwurf kein Votum ab.

5 Flächendeckende Umsetzung anonymer Spurensicherung (ASS) für Opfer von Sexualstraftaten in NRW 27

Vorlage 16/2140

– Bericht von StS Martina Hoffmann-Badache (MGEPA)

– Vorstellung des Projekts GOBSIS durch Prof. Dr. Stefanie Ritz-Timme (Institut für Rechtsmedizin der Universität Düsseldorf)

6 Verschiedenes 36

* * *

4 Gesetz zur Regelung des Vollzuges der Freiheitsstrafe und zur Änderung des Jugendstrafvollzugsgesetzes in Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/5413

Ausschussprotokoll 16/594 (Anhörung)

– abschließende Beratung und Abstimmung

Vorsitzende Daniela Jansen gibt folgende Hinweise: Dieser Gesetzentwurf sei dem Ausschuss durch das Plenum am 9. April 2014 zur Mitberatung überwiesen worden. Der federführende Ausschuss sei der Rechtsausschuss. Weitere Mitberatungen erfolgten im Haushalts- und Finanzausschuss, im Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend, im Ausschuss für Kommunalpolitik und im Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales.

Ina Scharrenbach (CDU) äußert, im Beratungsverfahren sei auch ein Gesetzentwurf der CDU-Landtagsfraktion, der ebenfalls Gegenstand der Anhörung gewesen sei, der aber heute nicht mit zur Beratung aufgerufen sei. Sie wolle gerne wissen, welchen Grund das habe.

Vorsitzende Daniela Jansen gibt Auskunft, dieser Gesetzentwurf sei nicht mit an diesen Ausschuss überwiesen worden.

Josefine Paul (GRÜNE) merkt an, ihrer Fraktion sei zugetragen worden, dass noch Beratungsbedarf bestehe. Deshalb mache sie den Vorschlag, dass dieser Ausschuss zum Gesetzentwurf kein Votum abgebe.

Der **Ausschuss** gibt zum Gesetzentwurf kein Votum ab.